

23. Oktober 2012

**Vertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP ist an einer Verhandlungslösung und an stabilen Verhältnissen zwischen den beiden Ländern interessiert. Sie stimmt deshalb dem Staatsvertrag mit Deutschland mit Vorbehalt zu. Die EVP teilt die Einschätzung des Bundesrates, dass mit dem Staatsvertrag ein gangbarer Kompromiss zwischen den verschiedenen Interessen gefunden worden ist. In der Schweiz wird er aber nur dann mehrheitsfähig sein, wenn vorgängig das An- und Abflugregime und damit die Verteilung der Lärmbelastung auf die betroffenen Regionen geklärt ist. Nur so bietet der Staatsvertrag Rechts- und Planungssicherheit.

**1. Grundsätzliche Bemerkungen**

- Neben einigen Vorteilen bringt der Staatsvertrag auch handfeste Nachteile. So muss die Schweiz gegenüber dem Status quo 2 ½ Stunden Mehrbelastung oder etwa 20'000 Flüge in besonders sensiblen Randzeiten akzeptieren. Dieser Fluglärm muss in einem gerechten Verfahren fair und ergebnisoffen verteilt werden (unter Berücksichtigung der bereits erfolgenden Starts und Landungen in den verschiedenen Regionen).
- Die Zustimmung zum Staatsvertrag darf den Entscheid bezüglich Lärmverteilung nicht vorwegnehmen. Es geht nicht an, die Zusatzbelastung bereits jetzt präjudizierend dem Osten aufzubürden. Ein fairer Lastenausgleich zwischen den Regionen ist zwingend. Die EVP betrachtet es deshalb als unerlässlich, dass diese Frage vor dem definitiven Entscheid über den Staatsvertrag geklärt wird.
- Ebenfalls darf die Zustimmung zum Staatsvertrag nicht bedeuten, dass die dadurch theoretisch möglichen Kapazitäten auch ausgeschöpft werden. Für die EVP ist eine Beschränkung der Anzahl Flugbewegungen selbstverständlich.
- Die EVP trägt Pistenausbauten nur mit, sofern diese für einen sicheren Betrieb unerlässlich sind. Sie lehnt Änderungen am Pistensystem ab, wenn sie mit Kapazitätssteigerungen verbunden sind.
- Der Flughafen als Tor zur Welt ist zweifelsohne wichtig und muss offen bleiben. Dennoch ist die Annahme falsch, dass mehr Flugbewegungen automatisch zu mehr Wachstum führen. Trotz stabilen und tendenziell abnehmenden Bewegungen sind sowohl die Leistungen des Flughafens als auch des gesamten Wirtschaftsraums Zürich gestiegen.

- Der Staatsvertrag hält fest, dass „Mensch, Natur und Umwelt möglichst umfassend gegen übermässige Auswirkungen des Luftverkehrs zu schützen“ seien. Von diesem hehren Grundsatz ist in den übrigen Bestimmungen zu wenig zu spüren. Das ist bei der Umsetzung des Staatsvertrages zu korrigieren.

## **2. Anforderungen an die Botschaft**

- Mit der Botschaft müssen die möglichen Anflugkonzepte mit und ohne Pistenausbauten vorliegen. Dabei müssen auch die Lärmauswirkungen für die betroffenen Regionen (inkl. Starts, Landungen und Überflüge) aufgezeigt werden.
- Der Einbezug der Kantone und der Bevölkerung bezüglich Fluglärmverteilung muss gesichert sein. Die Mitwirkungsrechte im SIL-Prozess müssen definiert sein.

## **3. Weitere Forderungen**

- Flüge in sensiblen Randzeiten müssen nach Möglichkeit reduziert werden. Sie dürfen auf keinen Fall zunehmen. Das gilt ganz besonders für die halbe Stunde von 6.00 bis 6.30 Uhr am Morgen, welche aus kaum nachvollziehbaren Gründen der Schweiz zugemutet wird.
- Die EVP unterstützt die Forderung des Zürcher Kantonsrats nach lärmmentlastenden Anflugverfahren wie z.B. CDA (continuous descent approach = kontinuierliches Absinken ohne oder mit nur wenig Triebwerkleistung).
- Die Landegebühen für laute Flugzeuge müssen markant erhöht werden. Eine Entlastung durch moderne lärmarme Flugzeugtypen ist weiter anzustreben. Sie könnten insbesondere in den sensiblen Randzeiten weiter privilegiert werden, indem z.B. lärmige Flugzeugtypen am Morgen erst nach 6.30 Uhr landen dürfen.
- Kurzstreckenflüge sind wo immer möglich auf die Schiene zu verlagern. Städte wie Mailand, Paris, Frankfurt, Stuttgart oder München sollen per Bahn angefahren werden. Dazu müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden (konkurrenzfähige Buchungssysteme auch über den Fahrplanwechsel hinaus, bessere internationale Verbindungen, modernes Rollmaterial, Anbindung der Flughäfen an das Schienennetz, Aufrechterhaltung des Nachtzugangebotes, etc.).

## **4. Schlussfolgerungen**

- Bei der Umsetzung des Staatsvertrages dürfen nicht einseitig nur die Interessen des Flughafens berücksichtigt werden. Die betroffene Bevölkerung darf nicht vernachlässigt werden.
- Unabhängig vom Zustandekommen des Staatsvertrags muss der Dialog der massgeblichen schweizerischen und deutschen Kreise in geeigneter Weise aufrecht erhalten werden.
- Im Falle des Nichtzustandekommens des Staatsvertrags und einer einseitigen deutschen Verschärfung muss die Schweiz darauf pochen und dazu auch die vorhandenen Rechtsmittel ausschöpfen, dass Deutschland die Schweizer Bevölkerung nicht schlechter stellt als die Anwohnerinnen und Anwohner der deutschen Flughäfen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier